

# Ein deutliches Zeichen für den Wandel

**Energiedebatte** Der Kantonsrat stimmt drei Aufträgen zur Förderung der Alternativen Energien zu

VON STEFAN FRECH

Das Solothurner Kantonsparlament setzt voll auf die Förderung erneuerbarer Energien. Gleich drei Vorstösse wurden gestern an die Regierung überwiesen. Zwei waren praktisch unbestritten (siehe Artikel «Wer saniert, soll nicht mehr bestraft werden»); ein dritter hingegen gab viel zu diskutieren. SP-Kantonsrat und Neo-Nationalrat Philipp Hadorn (Gerlafingen) wollte den Regierungsrat beauftragen, die Kantonsverfassung folgendermassen zu ändern: «Kanton und Gemeinden fördern die Nutzung von erneuerbaren Energien, die dezentrale Energieversorgung sowie den sparsamen und rationellen Energieverbrauch.» Die Fraktionen von FDP und SVP stellten sich auf den gleichen Standpunkt wie der Regierungsrat und lehnten den Auftrag ab: Sie unterstützten zwar grundsätzlich die Förderung der erneuerbaren Energien, die verfassungsmässige Grundlage dafür sei jedoch bereits vorhanden und werde auch umgesetzt. So habe der Kantonsrat 2008 ein grosses Förderprogramm bewilligt. «Die Begründung der Regierung ist stichhaltig», sagte SVP-Sprecher Hans Rudolf Lutz (Lostorf). Solaranlagen zur Wärmeproduktion seien sinnvoll, nicht aber die Fotovoltaikanlagen zur Erzeugung von Strom. FDP-Sprecher Yves Derendinger (So-



Die Förderung von Solaranlagen soll in der Verfassung verankert werden – die Regierung wird nun eine Vorlage ausarbeiten, welche dem Kantonsrat und bei dessen Zustimmung dem Volk vorgelegt wird. AZ

## ■ HÄUSER: WER SANIERT, SOLL NICHT MEHR BESTRAFT WERDEN

Der Kantonsrat hat zwei weitere Aufträge zur Förderung der erneuerbaren Energien überwiesen – ohne Gegenstimme. Zu erwähnen ist vor allem Irene Froelichers (GLP, Lommiswil) Forderung: Bauliche Massnahmen an Gebäuden, die zu Verbesserungen im energetischen und umwelttechnischen Bereich füh-

ren, sollen nicht mehr mit Gebühren belastet werden. Das Problem: Die energie-technische Sanierung einer Liegenschaft zieht in der Regel eine **Erhöhung der Gebäudeversicherungs-**summe nach sich, was eine Nachzahlung auf den Anschlussgebühren zur Folge haben kann. Alle Fraktionen

unterstützten eine Änderung der Verordnung über Grundeigentümerbeiträge und -gebühren. Regierungsrat Walter Straumann versprach, die Verordnung so rasch als möglich zu ändern. Ebenfalls einstimmig erhebt er erklärt hat der Kantonsrat einen Auftrag von Roland Fürst (CVP, Gunzgen): Die

Förderung der erneuerbaren Energien soll **nicht auf eine Globalbudgetperiode begrenzt werden** dürfen. Auch müssen die Kriterien für die Anspruchsberechtigung klar sein. Beitragssprünge aus zeitlichen oder finanziellen Gründen seien zu vermeiden und Korrekturen in kleinen Schritten vorzunehmen. (SFF)

**«In solchen Fällen stimme ich mit der Regierung.»**

Claude Belart, Ratspräsident

lothurn) wiederum warnte, dass für die Förderung der alternativen Energieformen wie Wind andere Interessen (etwa der Landschaftsschutz) nicht aufgegeben werden dürften.

### Andere Kantone als Vorbild

Die Befürworter von Hadorns Vorstoss hingegen erklärten, die vorgeschlagene Verfassungsänderung sei sehr wohl verbindlicher als die bisherige Formulierung. «In der Verfassung heisst es lediglich, dass Kanton und Gemeinden Massnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energien ergreifen können und nicht müssen», betonte Felix Wettstein (Grüne, Olten). Silvia Meister (CVP, Matzendorf) sprach für die grosse Mehrheit der CVP/EVP/GLP-Fraktion:

«Die Förderung der Erneuerbaren muss in der Verfassung verankert werden – nicht zuletzt, damit der Ausstieg aus der Atomenergie möglich ist.» Ausserdem erinnerte Meister daran, dass das aktuelle Förderprogramm des Kantons auf zehn Jahre befristet ist. Eine Verankerung in der Verfassung sichere diese Förderung längerfristig. SP-Sprecher Philipp Hadorn erklärte, dass bereits mehrere Kantone (Zürich, Bern, Thurgau, Basel-Stadt) die Förderung der alternativen Energien in ihrer Verfassung verankert hätten. Er forderte von den Parlamentariern mehr

Mut auf dem Weg zum «Solarkanton Solothurn».

### Fehler der Stimmzähler

Schliesslich schritten die Parlamentarier zur Abstimmung: 48 sagten Ja zu Hadorns Auftrag (SP, Grüne, Mehrheit CVP/EVP/GLP), 48 sagten Nein (FDP, SVP, 3 CVP-Mitglieder). Parlamentspräsident Claude Belart musste einen Stichentscheid fällen. «In solchen Fällen stimme ich mit der Regierung.» Also war Hadorns Auftrag abgelehnt. Doch Minuten später – nach Abschluss des nächsten Geschäfts – vermeldete Belart, dass

die Stimmzähler falsch gezählt hätten. Die Abstimmung müsse vor der Pause wiederholt werden. Dagegen opponierte nun die FDP-Fraktion, weil eines ihrer Mitglieder nicht mehr im Saal und per Handy nicht aufbietet war. Die FDP wollte erst vor der Mittagspause nochmals abstimmen. Das lehnten aber alle Fraktionen ausser der SVP ab. In der erneuten Abstimmung obsiegten die Befürworter von Hadorns Vorstoss mit 47 zu 45 Stimmen. Fazit: Seit gestern ist die Vorfreude auf die geplante elektronische Abstimmungsanlage im Kantonsrat grösser denn je.

## In Kürze

### Gewählt Neue leitende Jugendanwältin



Der Kantonsrat hat **Barbara Altermatt** (46, Solothurn) mit 90 von 94 Stimmen zur leitenden Jugendanwältin

gewählt. Vier Stimmzettel waren leer. Barbara Altermatt tritt die Nachfolge von Jugendanwalt Bruno Hug an, der pensioniert wird. Sie ist bereits seit 1990 als Jugendanwältin und Stellvertreterin des Stellenleiters tätig. (OTR)

### Stiftungsaufsicht Von Verwaltung unabhängig

Mit 90:0 Stimmen stimmte der Kantonsrat für das Einführungsgesetz über die BVG- und Stiftungsaufsicht. Damit wird die bisher als kantonales Amt geführte Stiftungsaufsicht auf den 1. Januar 2012 zu einer unabhängigen Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Lösung ist befristet: Auf 2014 soll eine regionalisierte Stiftungsaufsicht gemeinsam mit dem Kanton Aargau geschaffen werden. (OTR)

### SP-Fraktion Burkhalter wird die neue Chefin



Fränzi Burkhalter-Rohner aus Biberist wird Ende November neue Präsidentin der SP-Kantonsratsfraktion.

Markus Schneider hat das Präsidium per Ende Juni 2011 abgegeben, seither führte Vizepräsident Jean-Pierre Summ die SP-Fraktion ad interim. Summ bleibt Vizepräsident. Fränzi Burkhalter-Rohner ist von Beruf Pflegefachfrau und Berufsschullehrerin, seit 2009 Kantonsrätin und Mitglied der Finanzkommission. (MGT)

### Demission Stefan Müller und Roman S. Jäggi

Ratspräsident Claude Belart verlas die Demissionsschreiben von Stefan Müller (CVP, Rücktritt auf Ende November) und von Roman S. Jäggi (SVP, auf Ende Dezember). Müller wurde in den Nationalrat gewählt, Jäggi macht berufliche Gründe geltend (wir berichteten). (OTR)

## Aare Ende 2012 – Emme 2015

**Hochwasserschutz** Die Planung der Hochwasserschutzbauten 2012 war im Kantonsrat unbestritten. Das Aare-Projekt im Niederamt soll Ende 2012, die zweite Emme-Etappe im Jahr 2015 vors Volk.

Der Kantonsrat hat die Mehrjahresplanung «Wasserbau und Siedlungswasserwirtschaft 2012» einstimmig genehmigt. Neue Kredite gab es nicht zu bewilligen, da sich an der bisherigen Planung der grossen Hochwasserschutzmassnahmen an Aare und Emme bis 2018 nichts geändert hat. Sämtliche Fraktionssprecher äusseren denn auch ihre Genugtuung darüber, dass der Hochwasserschutz vorangetrieben wird. Erfreut ist man insbesondere über den reibungslosen Bauverlauf an der Emme Etappe Stahlwerk Gerlafingen-Wehr Biberist (wir berichteten). Der Verpflichtungskredit (zwischen 20 und 30 Mio. Franken) für die zweite Etappe Wehr-Biberist-Emmenspitz Zuchwil soll 2015 vors Volk. Die Umsetzung ist für 2016 bis 2018 geplant.



März 2011 beim Stahlwerk Gerlafingen – seither sind die Bauarbeiten an der Emme weit fortgeschritten. FELIX GERBER

An der Aare im Niederamt wurden Ende 2008 vorgezogene Hochwasserschutzmassnahmen im Umfang von 8,2 Mio. Franken bewilligt. In Gretzenbach, Schönenwerd und Niedergögen werden diese bis Ende dieses Jahres abgeschlossen, im Winter 2011/12 ist der Bau von Dämmen und Mauern in Dulliken, Obergögen und Däniken vorgesehen. Voraussichtlich Ende 2012 wird dann die Volksabstimmung über einen Kredit von etwa 20 Mio. Franken für Aufweitungen und Sei-

tengerinne des Aarebettes im Niederamt stattfinden können.

### Ufersanierungen der Birs

Baudirektor Walter Straumann hielt ob der Erwähnung der Aare- und Emme-Projekte fest, dass der Kanton mit der Birs auch noch einen dritten grossen Fluss habe. Und auch im Schwarzbubenland habe der Kanton in Schutzmassnahmen investiert. Etwa bei Dornach mit der Ufersanierung der Birs. (MZ, OTR)

## Zweite Trampsur ist in Aussicht

VON MARCO ZWAHLEN

**Leimental** Einstimmig hat der Kantonsrat gestern die Mehrjahresplanung öffentlicher Verkehr 2012–2015. Diese ist grundsätzlich unbestritten. Mehrere Sprecher kritisierten aber den Kanton Baselland, weil dieser beim Doppelspurausbau Rottingen-Flüh der Tramlinie Basel-Rodersdorf nicht mitmache, weshalb das hintere Leimental nun weniger Verbindungen als bisher erhält. Konkret: «Nicht mehr alle zehn Minuten wie heute und statt neu alle sieben nur noch alle 15 Minuten eine Fahrt nach Basel» so Andreas Riss (CVP, Metzerlen).

Baudirektor Walter Straumann nahm das Baselland gewissermassen in Schutz: «Es ist der Bund, der seinen Beitrag gestrichen hat.» Darüber wiederum sei der Kanton Baselland nicht ganz unglücklich gewesen, da sein Beitrag damit natürlich nicht fällig geworden sei. Der Solothurner Beitrag von 2,5 Mio. Franken an das 28-Millionen-Projekt sei unbestritten, so Straumann. Für die nächste Planungsperiode 2012–2014 stehe nun aber der Bundesbeitrag in Aussicht, sodass das Leimental nach ei-

ner Durststrecke wieder mit mehr Verbindungen rechnen dürfe.

### Noch ohne Investitionsrechnung

Die Mehrjahresplanung beinhaltet keine Investitionsrechnung. Der Kantonsanteil der im Jahr 2012 geplanten Investitionen wird mit Budgetmitteln finanziert. Grund: Die Bewilligung der kantonalen Infrastrukturbeiträge soll künftig in Einklang mit der neuen Finanzierungsregelung auf Bundesstufe (jeweils nach der Wahl des Bundesparlamentes) erfolgen. Gemäss dem Gesetz über den öffentlichen Verkehr haben sich die Gemeinden an dem für das Jahr 2012 vereinbarten Kantonsanteil von 7,5 Mio. Franken, nach Abzug der Darlehensrückzahlungen der Transportunternehmungen in der Höhe von 1,5 Mio. Franken, mit 2,1 Mio. Franken zu beteiligen. Auf den Kanton entfallen somit noch Nettoinvestitionen von 3,9 Mio. Franken. Die Schwerpunkte sind unter anderen die Verlängerung der Bahnlinie Solothurn-Niederbipp nach Oensingen und auf derselben Strecke der Bau einer Kreuzungsstelle Abschnitt Flumenthal-Attsiwil mit Doppelspur.